

UN kritisiert Alltagsrassismus

Politik darf Rassismus nicht mit Rechtsextremismus gleichsetzen, sagt der UN-Sonderberichterstatter Githu Muigai. Behörden müssten sich stärker Migranten öffnen. VON SA

VON SABINE AM ORDE



Mit und ohne Kopftuch: Werden beide Arbeitsagentur-Kundinnen gleich behandelt? Foto: dpa

Der UN-Sonderberichterstatter zu Rassismus, Githu Muigai, hat Deutschland aufgefordert, mehr gegen Rassismus im Alltag zu tun. Politik und Bevölkerung müssten ein breiteres Verständnis von Rassismus entwickeln und ihn nicht mit Rechtsextremismus gleichsetzen, sagte Muigai zum Abschluss seines Deutschlandbesuchs. Auch institutioneller Rassismus müsse besser bekämpft werden. "Polizei, Behörden und Gerichte müssen noch einiges tun", sagte der UN-Sonderberichterstatter.

Auf Einladung der Bundesrepublik war Muigai zehn Tage lang durch das Land gereist und hatte Gespräche mit Vertretern der Bundesregierung, der Länder und Kommunen, mit Flüchtlingsorganisationen, Migrantenverbänden und Wissenschaftlern geführt. Im Anschluss zog Muigai ein erstes Resümee; einen Abschlussbericht, der auch Empfehlungen an die Bundesregierung enthalten soll, wird er im kommenden Jahr vorgelegen.

Insgesamt stellte Muigai Deutschland ein gemischtes Zeugnis aus. Seit dem Besuch seines Vorgängers vor 14 Jahren sei "eine Menge erreicht worden", sagte Muigai. "Aber es bleibt viel zu tun." So lobte der UN-Sonderberichterstatter, dass die Debatte, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist, offenbar beendet sei. Auch würdigte er die Einführung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), mit der die Bundesregierung 2006 endlich EU-Vorgaben umgesetzt hatte, als "Schritt in die richtige Richtung" - um wenig später eine Reform des Gesetzes anzumahnen.

Viele Migranten, mit denen er auf seiner Reise gesprochen haben, hätten beispielsweise darüber geklagt, von Vermietern abgelehnt worden zu sein. Dass dies

in bestimmten Fällen auch mit Verweis auf die ethnische Herkunft der Bewerber zulässig sei, "damit haben wir ein Problem", sagte Muigai. Er forderte zudem, die Antidiskriminierungsstelle des Bundes finanziell und personell besser auszustatten und ihre Kompetenzen zu erweitern. Die Behörde solle möglichst in allen Bundesländern Büros haben.

Die Bundesregierung setze sich deutlich gegen Rassismus ein, sagte Muigai. Er beklagte aber, auf lokaler Ebene sei das Problembewusstsein nicht ausreichend ausgeprägt. Der Kampf gegen Rechtsextremismus werde in Deutschland "mit ziemlichem Erfolg" geführt. So hätten rechtsextreme Parteien "nicht wirklich Wurzeln geschlagen", sagte er mit Blick auf die Anzahl ihrer Vertreter in den Parlamenten. Auch gebe es in vielen Städten starke Bündnisse gegen Rechtsextremismus. Ein Nachlassen dürfe Deutschland sich aber nicht leisten. Muigai sprach sich für ein NPD-Verbot "innerhalb der verfassungsgemäßen und rechtlichen Möglichkeiten" aus.

Der UN-Sonderberichterstatter kritisierte zudem, dass Migranten im öffentlichen Leben nicht ausreichend repräsentiert seien. Auch ihre politische Teilhabe reiche nicht aus. Als eine Gegenmaßnahme forderte Muigai die Einführung des kommunalen Ausländerwahlrechts.

Der Kenianer Muigai ist seit August 2008 UN-Sonderberichterstatter für zeitgenössische Formen des Rassismus, rassistische Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und verwandte Formen von Intoleranz. Er ist Rechtsanwalt und Professor an der Universität in Nairobi. Der letzte Deutschlandbesuch eines UN-Sonderberichterstatters zu Rassismus liegt 14 Jahre zurück.

<http://www.taz.de/nc/1/politik/deutschland/artikel/1/un-kritisiert-alltagsrassismus>

PRO ASYL 24.06.2009

UN-Sonderberichterstatter zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit besucht Deutschland

Während seines zehntägigen Besuchs wird der UN-Sonderberichterstatter zu „Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und zeitgenössischen Formen des Rassismus“, der Kenianer Githu Muigai, Informationen über Rassismus in Deutschland sammeln. Dazu trifft er auch Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, wie bei einem ersten Gespräch am Montag, an dem auch PRO ASYL teilnahm.

Der Sonderberichterstatter gehört zu den thematischen Sondermechanismen (special procedures) des UN-Menschenrechtsrats. Sie beschäftigen sich mit drängenden Menschenrechtsfragen weltweit. Im Zuge dessen führen sie Studien durch, nehmen Beschwerden entgegen, stellen Anfragen an Staaten in Einzelfällen, beraten Staaten im Rahmen technischer Zusammenarbeit und führen Länderbesuche durch. In Deutschland trifft Muigai Regierungsvertreter, Nichtregierungsorganisationen, Städte- und Gemeindevertreter, Wissenschaftler sowie andere Organisationen und Einzelpersonen, die im Bereich der Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung aktiv sind. Ziel

des Besuchs ist es, der Bundesregierung konstruktive Empfehlungen geben zu können. Ein abschließender Bericht wird dem Menschenrechtsrat 2010 vorgelegt. Der letzte Deutschlandbesuch eines Sonderberichterstatters zum Thema Rassismus liegt 14 Jahre zurück.

http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/un_sonderberichterstat-ter_zu_rassismus_und_fremdenfeindlichkeit_besucht_deutschland/back/9/

UN-Gesandter gegen Rassismus zieht Bilanz

Berlin (AFP) — Nach einer zehntägigen Reise durch Deutschland hat der UN-Sonderberichterstatter gegen Rassismus, Githu Mugai, Behörden und Bürger aufgefordert, mehr gegen Diskriminierung im Alltag zu tun. Die Deutschen richteten nach ihren Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus ihr Augenmerk vor allem auf die Bedrohung durch rechtsextreme Gruppierungen, sagte Mugai bei einer Bilanz seiner Reise in Berlin. Bekämpft werden müsse aber auch der alltägliche Rassismus, der sich im Bildungssystem oder bei der Wohnungssuche zeige.

Mugai begrüßte, dass sich nach einer langen Debatte die Auffassung durchgesetzt habe, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei und Einwanderer einen wertvollen Beitrag für das Land leisteten. Der UN-Gesandte kritisierte, dass das deutsche Bildungssystem nicht ausreichend auf die besonderen Bedürfnisse von Einwanderern eingehe. Der Schulunterricht solle flexibler gestaltet werden und die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen erleichtert werden, damit Einwanderern nicht ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbaut werden. Um rassistisch motivierte Entscheidungen bei der Vergabe von Wohnungen und Jobs zu verhindern, sei 2006 zwar das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in Kraft getreten, sagte Mugai. Dennoch hätten viele Ausländer, mit denen er auf seiner Reise gesprochen habe, darüber geklagt, dass sie von Vermietern oft abgelehnt würden.

Mugai forderte daher, die AGG-Beschwerdestelle finanziell und personell besser auszustatten. Die Behörde solle möglichst in allen 16 Bundesländern Büros haben und so näher an den Opfern von Diskriminierungen sein. Der Kenianer kritisierte außerdem, dass Einwanderer in Deutschland nicht ausreichend in staatlichen Institutionen wie der Justiz oder Polizei vertreten seien. Auch die politischen Parteien bemühten sich nicht genug um Menschen mit Migrationshintergrund, zumal Nicht-EU-Bürger selbst an Kommunalwahlen nicht teilnehmen dürften. Mit Blick auf die NPD und andere rechtsextreme Gruppierungen sagte Mugai, diese sollten verboten werden, wenn die Rechtslage das zulasse.

Mugai lobte ausdrücklich die Stadtverwaltungen von Stuttgart und Nürnberg für ihr Engagement gegen Rassismus. Außer diesen Städten und Berlin hatte der UN-Sonderberichterstatter gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und verwandte Formen von Intoleranz Köln, Heidelberg, Leipzig, Hamburg und Rostock besucht. Dabei habe er viele interessante Projekte kennengelernt und mit Politikern, Einwanderern sowie Vertretern religiöser Gemeinschaften gesprochen.

<http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5gF-O61qDoIAdccIHKLsjKmlauUdg>

JungeWelt

02.07.2009

UN-Rüge für täglichen Rassismus

Berlin. Nach einer zehntägigen Reise durch Deutschland hat der UN-Sonderberichterstatter gegen Rassismus, Githu Mugai, Behörden und Bürger aufgefordert, mehr gegen alltäglichen Rassismus zu tun. Die Deutschen richteten ihr Augenmerk vor allem auf die Bedrohung durch rechtsextreme Gruppierungen, sagte Mugai am Mittwoch in Berlin. Bekämpft werden müsse aber auch der alltägliche Rassismus, der sich im Bildungssystem oder bei der Wohnungssuche zeige, so Mugai.(AFP/jW)

Thüringer Allgemeine

Mittwoch, 01.07.2009

UN-Gesandter gegen Rassismus zieht Bilanz



Nach einer zehntägigen Reise durch Deutschland hat der UN-Sonderberichterstatter gegen Rassismus, Githu Mugai, Behörden und Bürger aufgefordert, mehr gegen Diskriminierung im Alltag zu tun. (DDP/AFP/Archiv, Marcus Brandt)

Berlin, 1. Juli (AFP) - Nach einer zehntägigen Reise durch Deutschland hat der UN-Sonderberichterstatter gegen Rassismus, Githu Mugai, Behörden und Bürger aufgefordert, mehr gegen Diskriminierung im Alltag zu tun.

Berlin, 1. Juli (AFP) - Nach einer zehntägigen Reise durch Deutschland hat der UN-Sonderberichterstatter gegen Rassismus, Githu Mugai, Behörden und Bürger aufgefordert, mehr gegen Diskriminierung im Alltag zu tun. Die Deutschen richteten nach ihren Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus ihr Augenmerk vor allem auf die Bedrohung durch rechtsextreme Gruppierungen, sagte Mugai bei einer Bilanz seiner Reise in Berlin. **Bekämpft werden müsse aber auch der alltägliche Rassismus, der sich im Bildungssystem oder bei der Wohnungssuche zeige.**

Mugai begrüßte, dass sich nach einer langen Debatte die Auffassung durchgesetzt habe, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei und Einwanderer einen wertvollen Beitrag für das Land leisteten. **Der UN-Gesandte kritisierte, dass das deutsche Bildungssystem nicht ausreichend auf die besonderen Bedürfnisse von Einwanderern eingehe. Der Schulunterricht solle flexibler gestaltet werden und die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen erleichtert werden, damit Einwanderern nicht ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbaut werden.** Um rassistisch motivierte Entscheidungen bei der Vergabe von Wohnungen und Jobs zu verhindern, sei 2006 zwar das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in Kraft getreten, sagte Mugai. Dennoch hätten viele Ausländer, mit denen er auf seiner Reise gesprochen habe, darüber geklagt, dass sie von Vermietern oft abgelehnt würden.

Mugai forderte daher, die AGG-Beschwerdestelle finanziell und personell besser auszustatten. Die Behörde solle möglichst in allen 16 Bundesländern Büros haben und so näher an den Opfern von Diskriminierungen sein. Der Kenianer kritisierte außerdem, dass Einwanderer in Deutschland nicht ausreichend in staatlichen Institutionen wie der Justiz oder Polizei vertreten seien. **Auch die politischen Parteien bemühten sich nicht genug um Menschen mit Migrationshintergrund, zumal Nicht-EU-Bürger selbst an Kommunalwahlen nicht teilnehmen dürften.** Mit Blick auf die NPD und andere rechtsextreme Gruppierungen sagte Mugai, diese sollten verboten werden, wenn die Rechtslage das zulasse.

Mugai lobte ausdrücklich die Stadtverwaltungen von Stuttgart und Nürnberg für ihr Engagement gegen Rassismus. Außer diesen Städten und Berlin hatte der UN-Sonderberichterstatter gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und verwandte Formen von Intoleranz Köln, Heidelberg, Leipzig, Hamburg und Rostock besucht. Dabei habe er viele interessante Projekte kennengelernt und mit Politikern, Einwanderern sowie Vertretern religiöser Gemeinschaften gesprochen.

01.07.2009 afp

UN-Gesandter gegen Rassismus zieht Bilanz

N24 01.07.2009 16:33 Uhr

Nach einer zehntägigen Reise durch Deutschland hat der UN-Sonderberichterstatter gegen Rassismus, Githu Mugai, Behörden und Bürger aufgefordert, mehr gegen Diskriminierung im Alltag zu tun. Die Deutschen richteten nach ihren Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus ihr Augenmerk vor allem auf die Bedrohung durch rechtsextreme Gruppierungen, sagte Mugai bei einer Bilanz seiner Reise in Berlin. Bekämpft werden müsse aber auch der alltägliche Rassismus, der sich im Bildungssystem oder bei der Wohnungssuche zeige. Mugai begrüßte, dass sich nach einer langen Debatte die Auffassung durchgesetzt habe, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei und Einwanderer einen wertvollen Beitrag für das Land leisteten. Der UN-Gesandte kritisierte, dass das deutsche Bildungssystem nicht ausreichend auf die besonderen Bedürfnisse von Einwanderern eingehe. Der Schulun-

terricht solle flexibler gestaltet werden und die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen erleichtert werden, damit Einwanderern nicht ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbaut werden. Um rassistisch motivierte Entscheidungen bei der Vergabe von Wohnungen und Jobs zu verhindern, sei 2006 zwar das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in Kraft getreten, sagte Mugai. Dennoch hätten viele Ausländer, mit denen er auf seiner Reise gesprochen habe, darüber geklagt, dass sie von Vermietern oft abgelehnt würden.

Mugai forderte daher, die AGG-Beschwerdestelle finanziell und personell besser auszustatten. Die Behörde solle möglichst in allen 16 Bundesländern Büros haben und so näher an den Opfern von Diskriminierungen sein. Der Kenianer kritisierte außerdem, dass Einwanderer in Deutschland nicht ausreichend in staatlichen Institutionen wie der Justiz oder Polizei vertreten seien. Auch die politischen Parteien bemühten sich nicht genug um Menschen mit Migrationshintergrund, zumal Nicht-EU-Bürger selbst an Kommunalwahlen nicht teilnehmen dürften. Mit Blick auf die NPD und andere rechtsextreme Gruppierungen sagte Mugai, diese sollten verboten werden, wenn die Rechtslage das zulasse.

Mugai lobte ausdrücklich die Stadtverwaltungen von Stuttgart und Nürnberg für ihr Engagement gegen Rassismus. Außer diesen Städten und Berlin hatte der UN-Sonderberichterstatter gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und verwandte Formen von Intoleranz Köln, Heidelberg, Leipzig, Hamburg und Rostock besucht. Dabei habe er viele interessante Projekte kennengelernt und mit Politikern, Einwanderern sowie Vertretern religiöser Gemeinschaften gesprochen.

(AFP)

http://www.n24.de/news/newsitem_5181165.html

01.07.2009 13:58 Uhr

DISKRIMINIERUNG

UN-Gesandter gegen Rassismus zieht

Bilanz seines Deutschland-Besuchs

Nach einer zehntägigen Reise durch Deutschland hat der UN-Sonderberichterstatter gegen Rassismus, Githu Mugai, Behörden und Bürger aufgefordert, mehr gegen Diskriminierung im Alltag zu tun.

Die Deutschen richteten nach ihren Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus ihr Augenmerk vor allem auf die Bedrohung durch rechtsextreme Gruppierungen, sagte Mugai am Mittwoch bei einer Bilanz seiner Reise in Berlin.

Bekämpft werden müsse aber auch der alltägliche Rassismus, der sich im Bildungssystem oder bei der Wohnungssuche zeige. Mugai begrüßte, dass sich nach einer langen Debatte die Auffassung durchgesetzt habe, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei und Einwanderer einen wertvollen Beitrag für das Land leisteten.

Der UN-Gesandte kritisierte, dass das deutsche Bildungssystem nicht ausreichend auf die besonderen Bedürfnisse von Einwanderern eingehe. Der Schulunterricht solle flexibler gestaltet werden und die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen

erleichtert werden, damit Einwanderern nicht ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbaut werden.

Um rassistisch motivierte Entscheidungen bei der Vergabe von Wohnungen und Jobs zu verhindern, sei 2006 zwar das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in Kraft getreten, sagte Mugai. Dennoch hätten viele Ausländer, mit denen er auf seiner Reise gesprochen habe, darüber geklagt, dass sie von Vermietern oft abgelehnt würden.

Mugai forderte daher, die AGG-Beschwerdestelle finanziell und personell besser auszustatten. Die Behörde solle möglichst in allen 16 Bundesländern Büros haben und so näher an den Opfern von Diskriminierungen sein. Der Kenianer kritisierte außerdem, dass Einwanderer in Deutschland nicht ausreichend in staatlichen Institutionen wie der Justiz oder Polizei vertreten seien.

Auch die politischen Parteien bemühten sich nicht genug um Menschen mit Migrationshintergrund, zumal Nicht-EU-Bürger selbst an Kommunalwahlen nicht teilnehmen dürften. Mit Blick auf die NPD und andere rechtsextreme Gruppierungen sagte Mugai, diese sollten verboten werden, wenn die Rechtslage das zulasse.

Mugai lobte ausdrücklich die Stadtverwaltungen von Stuttgart und Nürnberg für ihr Engagement gegen Rassismus. Außer diesen Städten und Berlin hatte der UN-Sonderberichterstatter gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und verwandte Formen von Intoleranz Köln, Heidelberg, Leipzig, Hamburg und Rostock besucht.

Dabei habe er viele interessante Projekte kennengelernt und mit Politikern, Einwanderern sowie Vertretern religiöser Gemeinschaften gesprochen. In den vergangenen Jahren habe Deutschland viel erreicht, aber „es bleibt auch noch viel zu tun“, sagte Mugai. Den Bericht über seinen Besuch will er kommendes Jahr dem UN-Menschenrechtsrat vorlegen.

Afp

<http://www.snonline.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Weltweit/UN-Gesandter-gegen-Rassismus-zieht-Bilanz-seines-Deutschland-Besuchs>
